

1. PLANZEICHENERKLÄRUNG:

- 1.1. Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplans
- 1.2. Gemeindegebiets Götting - Winhöring
- 1.3. Flurstücksgrenze
- 1.4. 80/2
- 1.5. bestehende Depositionsfäche Landkreis Altfötting
- 1.6. Straßenverkehrsfläche
- 1.7. öffentlicher Feld- und Waldweg
- 1.8. Extensivstreifen (caes Kiesmaterial)
- 1.9. bestehende Fahrwege
- 1.10. geplante Fahrwege (mit Angabe der Breite)
- 1.11. bestehender Entwässerungsgraben
- 1.12. neuer Entwässerungsgraben (mit Angabe der Breite)
- 1.13. Grünflächen (extensive Wiese)
- 1.14. Pflanzung (Gehölze mit Wuchshöhe über 2,0 m)
- 1.15. Pflanzung (Gehölze mit Wuchshöhe bis 2,0 m)
- 1.16. B3
- 1.17. P2
- 1.18. G1
- 1.19. S5
- 1.20. MODUL
- 1.21. GEMÄUDE
- 1.22. 398,5m a NN
- 1.23. Maßangabe in Metern
- 1.24. 20 kV Freileitung mit 8m Schutzzone beidseits der Leitungachse

2. FESTSETZUNGEN:

2.1. BAULICHE NUTZUNG

- 2.1.1 Art der baulichen Nutzung
- SO
- Sondergebiet nach § 11 BauNVO Photovoltaikanlage

Der Großteil der im Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 38 der Stadt Tötting und Nr. 33 der Gemeinde Winhöring liegenden Flurstücke wird als Sondergebiet (SO) im Sinne des § 11 BauNVO mit der Zweckbestimmung Photovoltaikanlage festgesetzt.

Zulässig sind:

- Photovoltaik-Module mit erforderlichen Aufständerungen
- Gebäude für die technische Infrastruktur (Trakt und Wechselrichter) und ein Gerätegebäude
- erforderliche Einbauten.

- 2.1.2 Maß der baulichen Nutzung
- 2.1.2.1 Im Sondergebiet SO GRZ = maximal 0,35 (bezogen auf die Horizontalprojektion der Module)
- 2.1.2.2 Es sind maximal vier Gebäude zulässig (drei Technikgebäude und ein Gerätehaus)

Die überbaubare Grundfläche der Gebäude wird festgelegt auf:

- pro Technikgebäude zulässige Grundfläche max. 25 m²
- für das Gerätehaus: zulässige Grundfläche max. 150 m²

Technik- und Gerätegebäude dürfen nur in der für die Zweckbestimmung des Sondergebietes notwendigen Größe erstellt werden.

- 2.3. MODUL
- 2.4. GEMÄUDE
- 2.5. Auf der bestehenden Depositionsfäche dürfen keine Abgrabungen / Aufschüttungen vorgenommen werden. Fundamente sind durch aufzuführende Bauteile auszuführen. Die notwendigen Bedarfslängen (Zuwegungen, Zufahrten) zu den Grundwasserpegeln, Bröfmen und den Sickerwasserbereichen sind mit einer Mindestbreite von 6,00 m von der Modulbelegung freizuhalten. Die Zugänglichkeit der 4 Messstellen zur Grundwasserüberwachung im Bereich der Bauteildeponie muss gewährleistet bleiben

3. GRÜNNORDNERISCHE FESTSETZUNGEN:

- 3.1 Pflanzbindungen und Anpflanzungen gem. §20 Abs. 1 Nr. 15 und Nr. 25 BauGB
- 3.1.1 Pflanzbindungen
- Das Eichengeholz im Süden des Geltungsbereichs ist als Bestand zu erhalten. Bei Pflegegegnissen und aufgrund vorhandener artenschutzrechtlich relevanter Bäume entsprechende Pflanzungen erforderlich.
- 3.1.2 Öffentliche Grünflächen
- entfällt
- 3.1.3 Private Randbegrünzungsfächen - Gehölzpflanzungen
- Die privaten Gehölzflächen sind gemäß Pflanzentabelle mit den zulässigen Arten der Auswahl zu bepflanzen und zu erhalten. Bei den Gehölzflächen mit Wuchshöhe über 2m muss ein geschlossener feldgehölzartiger Bestand aus Bäumen und Sträuchern entwickelt werden.

Auf dem randlichen 3m breiten Streifen zwischen dem Zaun und dem Weg erfolgt eine Bepflanzung mit Sträuchern. Die zulässige Wuchshöhe wird auf 2 m begrenzt. Geeignete Arten sind vor allem: Weiden (z.B. Rosa arvensis), Sommerflieder (Buddleia davidiana), Felsenrose (Arnebia montana), Hortensie (Cornus sanguinea), Heckenrose (Lonicera xylosteum), Schlehdorn (Prunus spinosa). Der weggelassene Randbereich des Pflanzstreifens sowie die Wegeänderungen werden in einer Gesamtbreite von mindestens 1,0 m mit totem Kleinstmaterial als Vegetationsstärker für Bienen und andere darauf angewiesene Tierarten hergestellt. Die im Plan dargestellten Sickermulden können trotzdem angelegt werden. Die Bepflanzung der Mulden erfolgt mit Weiden oder immer wieder auf den Stock auszuwachsen Erlen.

- 3.1.4 Private Randbegrünzungsfächen - Strukturierter Wiesen
- Auf den im Plan dargestellten Flächen sind Wiesen anzulegen und extensiv zu bewirtschaften. Düngung und Pflanzenschutzmaßnahmen sind nicht zulässig. Als Substrat für die Wiesenflächen wird der vorhandene Aufschüttboden verwendet. Humusauftrag erfolgt nicht. Sind nach Auffälligkeiten erforderlich, so sind diese mit mageren Zwischenschichten (Kiesgrößen) durchzuführen. Die Pflanzung der Flächen soll strukturiert hergestellt werden. Auf ungefähr 20% der Fläche sind Mulden und Buckel sowie Strukturen wie Kiehschalen, Bienenweiden, Stacheln, Stacheln, Wurzelstöcke, Nagehühner u.a. als Kleinststrukturen für Insekten zu integrieren. Innerhalb dieser Randstreifen befinden sich auch die Sickerflächen für Niederschlagswasser. Es ist zulässig im Bereich der Strukturen bei Beweidung oder Mähwerk zusätzliche Teichflächen nicht oder selten zu pflegen.
- 3.1.5 Zulässige Pflanzungen für festgesetzte Pflanzungen
- Es sind ausschließlich die aufgeführten Arten zulässig. Andere Arten können bei einvernehmlicher Zustimmung der Gemeinden und der unteren Naturschutzbehörde verwendet werden. Es sind nur Pflanzen autochthone Herkunft zulässig.

Ausgewählte Bäume und Sträucher

| | | | |
|--------------|----------------------------------|--|--------------------|
| Stieleiche | Quercus robur | Buche | Fagus sylvatica |
| Hainbuche | Cornus betulus | Weidenrösche | Ulex europaeus |
| Esche | Fraxinus excelsior | Vogelkirsche | Prunus avium |
| Feldahorn | Acer campestre | Eberesche | Sorbus aucuparia |
| Sanddorn | Betula pendula | Heimische Obstbäume (Äpfel und Birnen) | |
| Hain | Corylus avellana | Hortensie | Cornus sanguinea |
| Weidenrösche | Crataegus monogyna und oxycantha | Heckenrose | Lonicera xylosteum |
| Schlehdorn | Prunus spinosa | Heckenrose | Rhamnus frangula |
| Liguster | Ligustrum vulgare | Caubaum | Prunus europaeus |
| Kreuzdorn | Rhamnus cathartica | Pflaumenblume | Viburnum lantana |
| Feldrose | Rosa arvensis | Schneeball | |

Mindestpflanzgröße

Räume bei 120 oder vergleichbare Fortpflanzung

Sträucher ab 120 oder vergleichbare Fortpflanzung

Bei den Pflanzungen sind die Vorgaben der Leitfaden für die Pflanzungen des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Bau (BMUB) Nr. 21/1970 zu beachten. Sehr stark giftige (auch lebensgefährliche) Pflanzen sind im Öffentlich zugänglichen Bereich nicht zulässig. Dies sind z.B. Der Seidenbaum (Daphne mezereum), das Pfaffenhütchen (Erythronium europaeum).

- 3.1.6 Pflanzzeitpunkt:
- Die vorgeschriebenen Pflanzungen sind in der auf die Fertigstellung des jeweiligen Bauteilschritts folgende Pflanzperiode herzustellen und fachgerecht zu pflegen.
- 3.1.7 Pflege der Grünflächen und Pflanzungen
- Alle Grün- und Sickerflächen und Pflanzungen sind zur Erhaltung der Funktionalität ausreichend zu pflegen. Der Mangel von Wiesenflächen zu entfernen. Aufträge bei Pflanzungen und Schäden an den Flächen und Einrichtungen sind unabhängig von der Ursache zu beheben. Ausnahme genehmigungen können nur durch die Untere Naturschutzbehörde im Einvernehmen mit der Gemeinde erteilt werden.

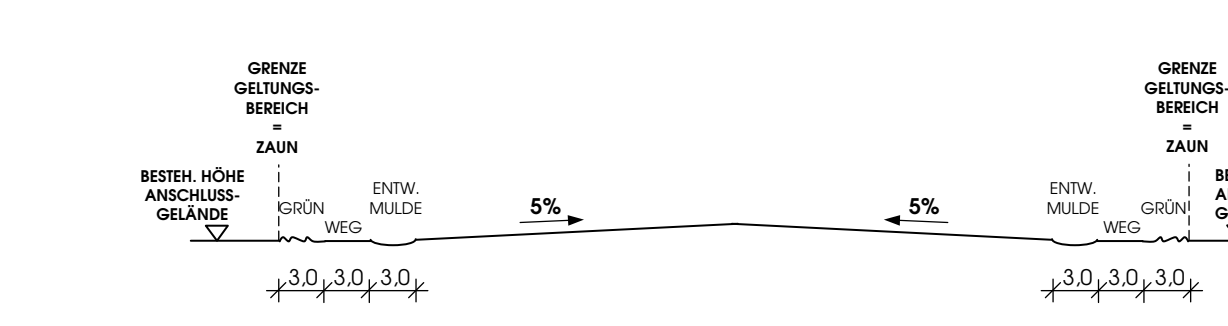
- 3.2 Wasserrainmulden und Sickermulden
- Randlich der Photovoltaikmodule befinden sich ca. 3m breite Wasserrainmulden in denen das abfließende Oberflächenwasser gesammelt wird. Eine gezielte Versickerung in den Depositionskörper ist nicht zulässig. Die Mulden sind vielmehr mit Lehm bzw. schwer durchlässiger Rottage (etwa 10%) herzustellen. Das gesammelte Niederschlagswasser wird an mehreren Stellen mittels Schotterpackung durch den Kiesweg in die angrenzende Grünfläche geleitet und dort versickert. Der Randstreifen befindet sich über dem natürlich anstehenden Kies. Andere Entwässerungsanlagen sind einvernehmlich mit den zuständigen Behörden abzustimmen.

- 3.3 Freiflächenfestsetzung
- Im Rahmen des Bauantrages bzw. des Genehmigungsverfahrens ist ein fachlich kompetenter Freiflächenfestsetzungs- und Begleitplan vorzulegen, der u.a. Begründung und die Niederschlagswasserentsorgung, den Wespenschutz und die Gestaltung der internen Ausgleichsflächen darstellt.
- 3.4 Naturschutzfachliche Eingangsregelung
- Die Bilanzierung ergibt folgende Flächenansätze
- Ausgleichsfläche im Gesamtgebiet einschließlich Ersatzflächen für Ausgleichsmaßnahmen aus dem Kleinstbau nach Absätzen 36,436 qm
- Davon innerhalb des Bebauungsplansgebietes: 5.560 qm + 6.268 qm
- Ergibt als Bedarfslänge außerhalb des Bebauungsplansgebietes 23.610 qm
- Die Ausgleichsmaßnahmen außerhalb des Planungsbereichs werden in dem beigefügten Landschaftspflegeplan dargestellt. Die verwendeten Flächen sind im Eigentum des Antragstellers der Photovoltaikanlage.
- Details zu landschaftlichen und artenschutzrechtlichen Bewertung sowie zur naturschutzrechtlichen Eingangsregelung sind im Umweltbericht dargestellt. Der Umweltbericht ist Teil des Bebauungsplans. Darin befindet sich auch eine verkleinerte zeichnerische Darstellung der Ausgleichsflächen. Der Begleitplan M = 1: 1000 ist als Anlage beigefügt.

4. BAUORDNUNGSRECHTLICHE GESTALTUNGSVORSCHRIFTEN

4.1. HÖHENLAGE

- Die künftige Geländehöhe der Fläche, auf der die Photovoltaikmodule stehen, wird folgendermaßen festgelegt:
- Im Bereich der bestehenden Depositionsfäche des Landkreises Altfötting bleibt die vorhandene Höhenlage bestehen und darf nicht verändert werden.
 - Im Bereich außerhalb der Depositionsfäche des Landkreises wird die frühere Kiehschotterfläche aufgeführt und erhält folgende Höhenlage:



4.2. FESTSETZUNGEN ZU DEN FOTOVOLTAIKMODULEN

- 4.2.1. Bodenbefestigung der Module
- Die Bodenbefestigung der Module bzw. der Aufständerung ist grundsätzlich mit aufliegenden Betonstahlfundamenten auszuführen.
- Fundamente dürfen im Bereich der bestehenden Deposition des Landkreises Altfötting nicht in die bestehende Geländeoberfläche eingreifen.
- Zur Vermeidung von Bodenversiegelung ist der Einsatz von großflächigen Fundamenten unzulässig.
- Aufständerungen von Photovoltaikmodulen aus chemisch behandeltem Holz sind nicht zulässig.
- Durch die Photovoltaikmodule darf die Filter- und Reinigungsung der jetzt vorhandenen belebten Oberbodenoberfläche nicht nachhaltig verändert werden.

- 4.2.2. Die Fertighöhe der Freiflächen-Photovoltaikanlage wird mit max. 3,00 m festgesetzt. Sie wird gemessen von der Bodenoberfläche bis zur Oberkante Solarmodul.

4.3. FESTSETZUNGEN ZU DEN GEBÄUDEN

- 4.3.1. Es sind maximal vier Gebäude zulässig (drei Technikgebäude für die technische Infrastruktur und ein Gerätehaus)
- Die überbaubare Grundfläche der Gebäude wird festgelegt auf:
- pro Technikgebäude zulässige Grundfläche max. 25 m²
 - für das Gerätehaus: zulässige Grundfläche max. 150 m²
- Technik- und Gerätegebäude dürfen nur in der für die Zweckbestimmung des Sondergebietes notwendigen Größe erstellt werden.
- Die Gebäude sind innerhalb der im Plan eingezeichneten „Baugrenze Gebäude“ zu errichten.

- 4.3.2. Bei den Gebäuden sind folgende Dachformen zulässig:
- Technikgebäude: Flachdach oder Satteldach
- Gerätegebäude: Satteldach

- 4.3.3. Die Dachneigung von Satteldächern wird auf 25-35° Dachneigung festgesetzt.

- 4.3.4. Als Dachdeckung sind nur ziegelartige Dachplatten zulässig.

- 4.3.5. Die maximal zulässige Flächhöhe beträgt 5,50 m.
- Die zulässige max. Wandhöhe an der Traufe beträgt 4,00 m (Die Wandhöhe ist der Schnittprofil der Außenkante Außenwand mit der Dachtraufe).

- 4.3.6. Die Außenwände sind mit unbehandeltem Holz zu verkleiden oder weiß zu verputzen.

- 4.3.7. Bei den Gebäuden dürfen keine sanitären Einrichtungen ausgeführt werden, bei denen Schmutzwasser anfällt.

4.4. EINBRIEDUNGEN

Die Errichtung der Freiflächen-Photovoltaikanlage ist ohne durchgängige Sohle aus Industriezement, Stabgitterzement oder Maschenrautzement auszuführen.

Die maximal zulässige Zauhöhe (Gesamthöhe mit Bodenabstand, Zaunelement und Überdachung) beträgt 2,50 m ab Geländeoberfläche.

Der vorgesehene Überdachungsschutz ist auf das versicherungstechnisch zwingend notwendige Mindestmaß zu reduzieren.

Zur Gewährleistung der Kleinfelddurchlässigkeit ist ein Bodenabstand von mindestens 15 cm einzuhalten.

Bei den Pflanzungen sind die Vorgaben der Leitfaden für die Pflanzungen des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Bau (BMUB) Nr. 21/1970 zu beachten. Sehr stark giftige (auch lebensgefährliche) Pflanzen sind im Öffentlich zugänglichen Bereich nicht zulässig. Dies sind z.B. Der Seidenbaum (Daphne mezereum), das Pfaffenhütchen (Erythronium europaeum).

- 4.5. ÖFFENTLICHE VERKEHRSFLÄCHE
- Die bestehende Verkehrsfläche der Gemeindeverbindungsstraße Aresing - Wietertshorn dient als Zufahrt zum Sondergebiet. Im Weiteren ist auch eine Zufahrt über den öffentlichen Feld- und Waldweg der Stadt Tötting möglich.

4.6. WERBEANLAGEN

Werbeanlagen sind nicht zulässig

5. HINWEISE

5.1. IMMISSIONSSCHUTZ

Nach Informationen des Bayerischen Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen (Herr Dr. Vogel) des BfN-Staats in Bezugnahme auf einen Artikel in Sonne, Wind & Wärme, 2/2002 sind die durch die Photovoltaikanlage entstehenden elektrischen Gleichstromfelder als unbedeutend zu betrachten. Problematisch anzunehmen elektromagnetische Felder, wie sie bei der Transformation von Gleichstrom zu Wechselstrom entstehen, erfolgen ausschließlich im Umfeld der Transformation. Die für die Umwandlung erforderlichen Gebäude bewirken eine Minderung der elektromagnetischen Strahlung, die nur bei Tageslicht entsteht.

Nach Mitteilungen des Fraunhofer Instituts in Freiburg ist ein elektromagnetisches Feld im Umfeld der Transformation aufgrund der relativ geringen Feldstärken nach einem Meter nicht mehr nachweisbar.

Es ist davon auszugehen, dass die entstehenden Feldstärken der Wechselstromanlagen und der Transformatorstationen außerhalb des Zauns vernachlässigbar sind. Die gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwerte der 26. BImSchV (Verordnung über elektromagnetische Felder in der Fassung vom 16.12.1998) werden durch die geplante Anlage bei weitem unterschritten. Auch durch die Weiterleitung von Strom ist keine Überschreitung der Grenzwerte zu erwarten.

Der kleinste Abstand zwischen der vorgesehenen Anlage und Wohnbebauung im Umfeld beträgt etwa 100 m. Immissionsschutzmaßnahmen hinsichtlich Elektromagnetismus für die vorgesehene Freiflächen-Photovoltaikanlage sind aufgrund des vorhandenen Abstandes zur Wohnbebauung nicht erforderlich.

5.2. ANSCHLUSS AN VORHANDENE VERSORGNUNGSEINFÜHRUNGEN

Die Einplanung des Solarstroms erfolgt nach Transformation in das 20 kV-Netz der Stadtwerke Mühldorf südlich der Kreisstraße AO 35).

5.3. MÖGLICHE BEEINTRÄCHTIGUNGEN

Bei der Bewirtschaftung der westlich, nördlich und östlich angrenzenden landwirtschaftlich genutzten Flächen können Staubemissionen auftreten, die den Wirkungsgrad der Module zeitweise beeinträchtigen können. Auch kann durch landwirtschaftliche Geräte Sterschlag verursacht werden, der die Module beschädigen kann.

6. FLÄCHENBILANZIERUNG

| Stadt Tötting | Flurst.-Nr. | 80 | 54.940 m ² |
|---|-----------------------|-----------------------|-----------------------|
| | 80/1 | 11.514 m ² | |
| | 80/2 | 553 m ² | |
| | 83 | 638 m ² | |
| | 84 | 5.794 m ² | |
| | 84/1 T | 8.400 m ² | |
| | 86 T | 11.737 m ² | |
| Zwischensumme Tötting | | 93.576 m ² | = 93,58 % |
| Gemeinde Winhöring | Flurst.-Nr. 1064 T | 6.416 m ² | = 6,42 % |
| GELTUNGSBEREICH GESAMT TÖTING/WINHÖRING | 99.992 m ² | = 100,00 % | |
| Davon | | | |
| Flächen für Wege/Zufahrten | 8.973 m ² | = 8,97 % | |
| Grünflächen und Entwässerung | 17.486 m ² | = 17,49 % | |
| Baufläche Solarmodule | 73.533 m ² | = 73,54 % | |
| GELTUNGSBEREICH GESAMT | 99.992 m ² | = 100,00 % | |

Verfahrensvermerke der Gemeinde Winhöring:
Zum Bebauungsplan Nr. 33
„Sondergebiet Freiflächenphotovoltaikanlage Unterhart - nördlich der Kreisstraße AO 35“

1. **Änderungs- und Aufstellungsbeschluss:**
Der Bebauungsplan Nr. 33 der Gemeinde Winhöring hat am 28.08.2011 mit Beschluss Nr. 758 die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 33 Freiflächenphotovoltaikanlage Unterhart - nördlich der Kreisstraße AO 35 beschlossen. Die Bekanntmachung gemäß § 2 Abs. 1, Satz 2 erfolgte am 28.07.2011.

2. **Fachplaner:**
Der Plan wurde im Entwurf bearbeitet durch das Architekturbüro M. Brodmann, Ludwigstrasse 55, 84524 Neuland. Der gründerische Teil (mit Umweltbericht und Luft) wurde bearbeitet durch Landschaftsarchitekt D. Löschner, Hans-Carossa-Str. 10a, 84503 Altfötting.

3. **Beteiligung der Bürger an der Bauplanung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB:**
Die Gemeinde hat die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung vom 22.12.2011 bis 23.01.2012 öffentlich dargestellt. Die voraussichtlichen Auswirkungen wurden dabei aufgezeigt. Grundlage war das Plankonzept mit Stand vom 28.11.2011.

4. **Frühzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB:**
Die betroffenen Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 08.12.2011 zum Planentwurf um fachliche Stellungnahme gebeten.

5. **Billigungs- und Auslegungsbeschluss:**
Der Gemeinderat hat mit Beschluss Nr. 891 vom 28.02.2012 die Anregungen abgewogen, die Planung gebilligt und die öffentliche Auslegung beschlossen.

6. **Bekanntmachung und öffentliche Auslegung:**
Die Bekanntmachung zur öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB erfolgte am 01.03.2012. In der Zeit vom 09.03.2012 bis 10.04.2012 fand die öffentliche Auslegung statt.

7. **Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB:**
Die betroffenen Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 12.03.2012 zum Planentwurf um fachliche Stellungnahme gebeten.

8. **Abwägung der Anregungen und Satzungsbeschluss:**
Der Gemeinderat hat mit Beschluss Nr. 938 vom 24.04.2012 die Anregungen abgewogen und den Bebauungsplan gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Sitzung beschlossen.

Winhöring, den 24.04.2012
Gemeinde Winhöring (Siegel)

Johann Delmer, Bürgermeister

Verfahrensvermerke der Stadt Tötting:
Zum Bebauungsplan Nr. 38
„Sondergebiet Freiflächenphotovoltaikanlage Unterhart - nördlich der Kreisstraße AO 35“

1. **Änderungs- und Aufstellungsbeschluss:**
Der Stadt Tötting hat am 20.04.2011 mit Beschluss Nr. 4 die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 38 Freiflächenphotovoltaikanlage Unterhart - nördlich der Kreisstraße AO 35 beschlossen. Die Bekanntmachung gemäß § 2 Abs. 1, Satz 2 erfolgte am 22.07.2011.

2. **Fachplaner:**
Der Plan wurde im Entwurf bearbeitet durch das Architekturbüro M. Brodmann, Ludwigstrasse 55, 84524 Neuland. Der gründerische Teil (mit Umweltbericht und Luft) wurde bearbeitet durch Landschaftsarchitekt D. Löschner, Hans-Carossa-Str. 10a, 84503 Altfötting.

3. **Beteiligung der Bürger an der Bauplanung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB:**
Die Gemeinde hat die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung vom 07.12.2011 bis 09.01.2012 öffentlich dargestellt. Die voraussichtlichen Auswirkungen wurden dabei aufgezeigt. Grundlage war das Plankonzept mit Stand vom 28.11.2011.

4. **Frühzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB:**
Die betroffenen Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 08.12.2011 zum Planentwurf um fachliche Stellungnahme gebeten.

5. **Billigungs- und Auslegungsbeschluss:**
Der Stadtrat hat mit Beschluss Nr. 21 vom 29.02.2012 die Anregungen abgewogen, die Planung gebilligt und die öffentliche Auslegung beschlossen.

6. **Bekanntmachung und öffentliche Auslegung:**
Die Bekanntmachung zur öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB erfolgte am 01.03.2012. In der Zeit vom 09.03.2012 bis 10.04.2012 fand die öffentliche Auslegung statt.

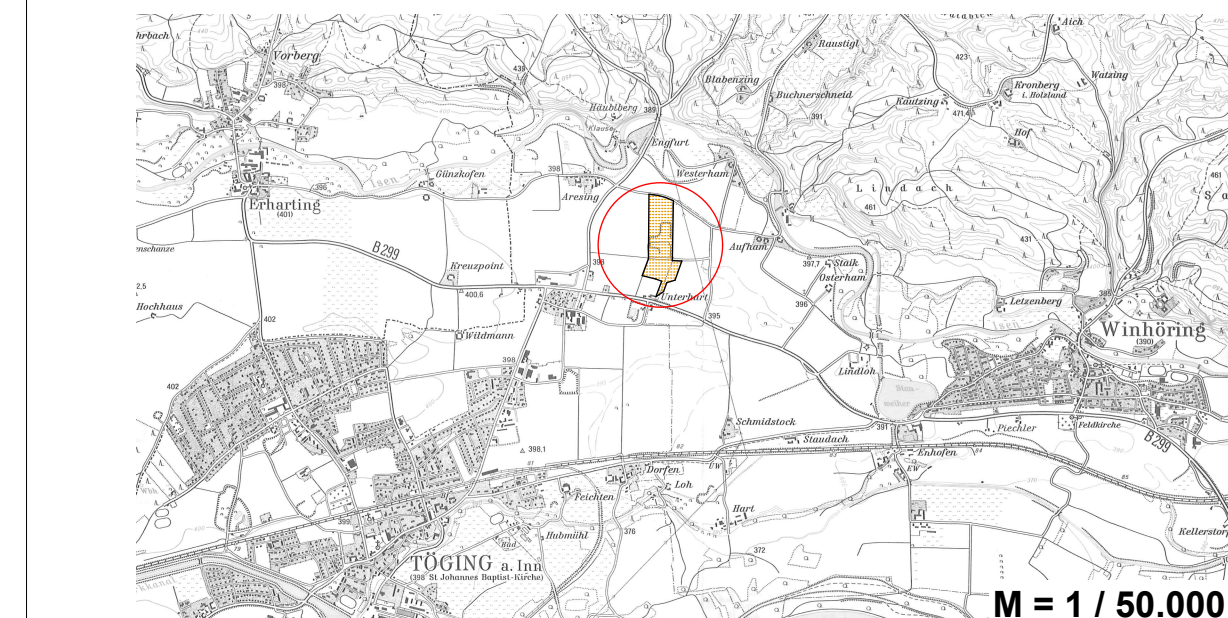
7. **Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB:**
Die betroffenen Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 12.03.2012 zum Planentwurf um fachliche Stellungnahme gebeten.

8. **Abwägung der Anregungen und Satzungsbeschluss:**
Der Stadtrat hat mit Beschluss Nr. 2 vom 19.04.2012 die Anregungen abgewogen und den Bebauungsplan gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Sitzung beschlossen.

Tötting, den
Stadt Tötting (Siegel)

Horst Krebs, Bürgermeister

Landkreis Altfötting, Reg.-Bezirk Oberbayern



| BEBAUUNGSPLAN NR. 38 „SONDERGEBIET FREIFLÄCHEN- PHOTOVOLTAIKANLAGE UNTER- HART - NÖRDLICH DER KREIS- STRASSE AO 35“ | BEBAUUNGSPLAN NR. 33 „SONDERGEBIET FREIFLÄCHEN- PHOTOVOLTAIKANLAGE UNTER- HART - NÖRDLICH DER KREIS- STRASSE AO 35“ |
|---|---|
|---|---|

| GEMARKUNG TÖTING FLUR-NUMMERN: 80, 80/1, 80/2, 83 T, 84, 84/1 T, 86 T | GEMARKUNG WINHÖRING FLUR-NUMMER: 1064 T |
|---|--|
| ENTWURFSVERFASSER: M. BRODMANN ARCHITECTURBÜRO LUDWIGSTR. 55 84524 NEULAND | |
| DATUM: 27.10.2011 28.11.2011 01.03.2012 | |
| ERSTELLT: ERGÄNZT (4 TECHNISCHE BAUTEILE) ERGÄNZT | |
| SATZUNGSBESCHLUSSE GEMEINDE WINHÖRING STADT TÖTING | |
| 24.04.2012 18.04.2012 | |
| FÜR DIE GRÜNDORDNERISCHEN FESTSETZUNGEN: DIPL.-ING. D. LÖSCHNER - LANDSCHAFTSARCHITECT HANS-CAROSSA-STR. 10 A - 84503 ALTFÖTTING | |